

An
den Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur Weiterleitung an
die Runde der grünen Ministerinnen und Minister
die atompolitische Kommission

Bundestagsfraktion
Landtagsfraktion
Landesparteirat
KV/OV Mail

Anja Piel
Jan Haude
Landesvorsitzende

Odeonstr. 4
30159 Hannover
Telefon: 05 11 – 12 60 85 0
Telefax: 05 11 – 12 60 85 85

E-Mail: landesverband@gruene-niedersachsen.de
Internet: www.gruene-niedersachsen.de

Hannover, 25.01.2012

Grüne Positionsfindung zum vorliegenden Entwurf für ein Standortauswahlgesetz

Liebe Freundinnen und Freunde,

in diesen Tagen trifft sich die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Endlager, um den Entwurf des Standortauswahlgesetzes zu beraten. Es ist wichtig, dass wir Grüne in dieser Frage zu einer gemeinsamen Positionierung finden und nach außen geschlossen agieren. Daher bewerten wir als niedersächsischer Landesvorstand den über die Taz öffentlich ausgetragenen innerparteilichen Disput als wenig sachdienlich und lassen euch gerne mit diesem Schreiben unsere Bewertung zukommen.

Die Auseinandersetzung um den nicht geeigneten Standort Gorleben ist ganz sicher kein Problem "regionaler niedersächsischer Befindlichkeiten". Gorleben hat eine bundespolitische Dimension. Angesichts der vielen politischen Skandale im Verfahren in Gorleben ist es ausgeschlossen, dass mit grüner Zustimmung alte Fehler und willkürliche Vorfestlegungen weitergeführt werden. Dieser Eindruck ist jedoch in den vergangenen Tagen durch Äußerungen grüner VerhandlungsführerInnen bei zahlreichen Grünen in Niedersachsen sowie Teilen der Anti-Atomkraft-Bewegung entstanden. Dabei sind wir Grünen jetzt gefordert die Weichen dafür zu stellen, dass endlich die Suche nach einem geeigneten Standort in einem kriterienorientierten, sauberen und transparenten ergebnisoffenen bundesweiten Auswahlverfahren begonnen werden kann.

Bereits der AKEnd hat Kriterien und Voraussetzungen für die Suche entwickelt, die für jeden Standort gelten müssen; gleich, ob er in Niedersachsen oder irgendeinem anderen Bundesland erkundet wird. Die absaufende Asse hat uns gelehrt, dass es verantwortungslos ist, aus kurzfristigen, scheinbar ökonomischen Gründen auf einen ungeeigneten Standort zu setzen, der am Ende mit katastrophalem Ausgang ein hohes Gefahrenpotential darstellt.

Ein für Grüne zustimmungsfähiges Standortauswahlgesetz muss zwingend Such- und Ausschlusskriterien und klare Vorgaben für eine umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung enthalten. Ohne einen Bau-, Forschungs- und Erkundungsstopp für den Standort Gorleben

kann es keine wirkliche ergebnisoffene Endlagersuche geben. Gorleben kann und darf nicht zu einem Vergleichsstandort für die untertägige Erkundung gemacht werden, sondern muss wie jeder andere Standort auch bereits bei dem ersten Verfahrensschritt der Auswahl ausgeschlossen werden können, weil es die Kriterien nicht erfüllt.

Alles andere ist ein Bekenntnis zur Vorfestlegung auf einen nicht geeigneten Standort und damit das falsche Signal für die letzte nicht gelöste Frage des Atomausstiegs. Sollten sich die oben genannten grünen Anforderungen nicht nachverhandeln lassen, fordern wir deshalb eine harte Abgrenzung der grünen VerhandlungsführerInnen.

Es gibt den Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz mit unserer Forderung nach einer ergebnisoffenen Endlagersuche, die sich an Kriterien von Wissenschaft und Forschung orientiert. Auf der letzten Landesdelegiertenkonferenz im November 2011 in Verden haben wir Grüne in Niedersachsen diese Forderung erneut mit einem Beschluss hinterlegt. Ein Standortauswahlgesetz, das diesen hohen Anforderungen nicht Rechnung trägt und das die Legalisierung des Schwarzbaus Gorleben über eine Scheinendlagersuche zementiert, darf kein grünes Gütesiegel tragen.

Mit solidarischen grünen Grüßen

Anja Piel
Jan Haude
Matthias Wiebe
Julia Hamburg
Birgit Kemmer

